

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

29.12.1932 (No. 305)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. U. von
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen anderer Art, der als Kassenabrechnung gilt und bezwogen werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Abdruck fort. Erhaltungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Stellung des Reichspräsidenten

Ein Aufsatz des Reichsgerichtspräsidenten i. R. Simons

In der „Deutschen Juristenzeitung“ beschäftigt sich Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons mit dem seit geraumer Zeit hervorgetretenen Wandel in der Stellung des Reichspräsidenten.

Aus dem „Güter der Verfassung“, als der er neuerdings gerne bezeichnet werde, sei er zum Reformator der Verfassung geworden. Man brauche nur den Schriftwechsel zwischen Hitler und Weizsäcker aufmerksam zu lesen, um die Richtung zu erkennen, in der die Präsidialgewalt des Reichs sich heute von der Weimarer Konstitution zu entfernen strebe. Dr. Simons weist eingehend nach, daß der Einfluß des Parlaments auf die Regierung in der Praxis die verfassungsmäßigen Grenzen weit überschritten habe, und daß eine Rückkehr zu den Grundrissen der geltenden Verfassung nötig ist. Die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament habe sich nun in den letzten 13 Jahren als das größte Hindernis einer stetigen und kraftvollen Reichspolitik herausgestellt. Daran knüpft Dr. Simons folgende Betrachtung:

„Die jetzt im Namen des Reichspräsidenten aufgestellten Forderungen gehen aber über die Verfassung hinaus. Das ganze Kabinett soll aus Männern seines persönlichen Vertrauens bestehen; kraft seiner Vertretung des Reichs nach außen (Art. 45) will er den Außenminister, kraft seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht (Art. 47) den Reichswehrminister ohne Rücksicht auf den Reichstag ernennen und halten. Das ist aus den Bestimmungen der Verfassungsartikel nicht herzuleiten. Die Leitung der auswärtigen Politik und die Behandlung und Vernehmung der Reichswehr hat in den Grundlinien weder der Reichspräsident noch der Reichsminister, sondern der Reichskanzler zu bestimmen (Art. 56); der Einfluß des Reichspräsidenten und des Reichsministers wird innerhalb dieser Schranken nur ein persönlicher sein, kann aber als solcher sehr weit gehen, je nach der Stärke der beteiligten Mächte. Es ist bezeichnend, daß auf der einen Seite die Parteien, die am parlamentarischen System interessiert sind, die reichsgesetzliche Einschränkung des Art. 48 verlangen, und auf der anderen Seite der Reichspräsident seine Bereitschaft, Hitler den Posten des Reichskanzlers zu übertragen, davon abhängig gemacht hat, daß er in der Anwendung des Art. 48 nicht beschränkt werde. Ich halte die heutige Auslegung und Anwendung des Art. 48 nicht für verfassungsgemäß.“

Schon daß das Notverordnungsrecht aus Art. 48 auf Fälle der Wirtschaftsgesetzgebung ausgedehnt wurde, war bedenklich, weil es dem Ermessen der Exekutive einen zu weiten Spielraum ließ. Ich habe deshalb als Stellvertreter des Reichspräsidenten abgelehnt, eine beschränkte Notverordnung betr. die Regelung des Bankwesens nach Fristablauf zu erneuern, weil ich die Verordnung selbst für verfassungswidrig hielt. Die schlimmen Folgen der Ablehnung, die mir damals der Reichsminister ausmalte, um mich zur Unterschrift unter dem Notverordnungsentwurf zu bewegen, sind nach keiner Richtung eingetroffen. Seitdem wurde freilich die Gefahr, die unsere Wirtschaftslage bedroht, ungleich größer, aber zugleich die Gefahr einer verfehlten Notverordnungsmaßnahme. Die Krise der Präsidialregierung wächst sich allzu leicht zu einer Präsidialkrise aus.

Deshalb glaube ich, daß bei der Reform der Reichsverfassung eine genauere Umgrenzung der Machtfülle nötig wird. Die Art. 48 dem Reichspräsidenten gibt. Sie muß ihm grundsätzlich erhalten bleiben. Denn er ist nicht sowohl Hüter der Verfassung, als Hüter von Lebensgrundlagen von Volk und Reich, vor deren Notwendigkeiten unter Umständen selbst die Verfassung zurückzutreten hat. Wieviel das der Fall sein darf, wie tief der Reichspräsident nicht nur in die Grundrisse, sondern auch in die Rechte der Länder eingreifen darf, sollte nicht staatsgerichtlicher Entscheidung überlassen bleiben, sondern als Machtfülle verfassungswidrig festgestellt werden.

Wird somit der Reichspräsident sich auf der einen Seite eine gewisse Einschränkung gefallen lassen, so muß auf der anderen die Regierung seines Vertrauens auch von der Fessel befreit werden, die in Art. 64 der Reichsverfassung in ihre Hände gelegt ist. Deutschland bedarf in noch höherem Maße als die Vereinigten Staaten einer stetigen Regierung, die nicht wechselnden Parteimeistern, sondern der Zukunft des Volkes verantwortlich ist, und über deren Bestand der Präsident entscheidet.“

Dr. Simons faßt seine Vorschläge für die Reform der Stellung des Reichspräsidenten in der Verfassung folgendermaßen zusammen: Abschaffung des Art. 54; reichsgesetzliche Klarstellung der Tragweite des Art. 48; Hebung des Reichsrats zu einer gleichberechtigten gesetzgebenden Körperschaft; Verbindung der Stelle des Reichspräsidenten mit der eines preussischen Staatspräsidenten.

Die französischen Staatsfinanzen. In der französischen Kammer wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Regierung zur Aufnahme einer staatlichen Anleihe in Höhe von 20 Milliarden Franken ermächtigt werden soll. Die Kammer nahm Dienstag nachmittag die Regierungsvorlage an, die zur Deckung der dringlichsten Anforderungen die Ausgabe von Schatzbons in Höhe von 5 Milliarden verlangt. — Ferner hat die Kammer den Gesetzentwurf über die Bewilligung des Budgets für 1933 in seiner Gesamtheit mit 524 gegen 53 Stimmen angenommen.

300 Millionen Franken für die französische Landwirtschaft. In einer Nachtigung hat die französische Kammer den Gesetzentwurf angenommen, der dem Landwirtschaftsminister einen Betrag bis zu 300 Millionen Franken zur Stabilisierung der Getreidepreise, Finanzierung der nächstjährigen Ernte und Anlage von Getreidevorrätslagern zur Verfügung stellt.

Letzte Nachrichten

Amerika und die Weltwirtschaftskonferenz

Die Sonderfrage der Kriegsschulden

WTW. Paris, 29. Dez. (Tel.) Der Washingtoner Berichtserfasser des „Petit Parisien“ gibt eine Unterredung mit dem amerikanischen Delegierten für die Abrüstungskonferenz, Norman Davis, wieder.

Davis habe erklärt, daß die Vereinigten Staaten der Weltwirtschaftskonferenz größte Bedeutung beimessen. Hoover und Roosevelt stimmen darin überein, daß die Kostfrage im Vordergrund der Verhandlungen stehen müßte. Die Vereinigten Staaten würden in erster Linie die Frage aufwerfen, wie man die Kriegsschulden, namentlich in Getreide, verringern und die Preise stabilisieren könne. Die amerikanische Regierung sei bereit, über die Zollpolitik zu diskutieren. Auch sei sie an der Stabilisierung der Währungen, namentlich des Sterlingfußes, interessiert.

Die Frage der Stabilisierung des Sterlingfußes stehe in einem Zusammenhang mit der Kriegsschuldenfrage. Roosevelt sehe diese Verbindung sehr wohl, aber die Weltwirtschaftskonferenz könne ihm nicht zur Erörterung dieses Problems geeignet sein. Die Kriegsschulden müßten seiner Ansicht nach Gegenstand gesondeter Verhandlungen bilden. Was das Abrüstungsproblem anlangt, so hoffe er, daß man bald zu einem Ergebnis gelangen werde. Zunächst gedente er, ein französisch-italienisches Flottenabkommen zustande zu bringen.

Sorderungen der Wirtschaftskreise

Der Reichslandbund für völlige Sperre der Buttereinfuhr

WTW. Berlin, 29. Dez. (Priv.-Tel.) Die Pressestelle des Reichslandbundes gibt ein Telegramm bekannt, das der Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Kaldreuth, in Anbetracht des Zusammenbruchs der Butterpreise an den Reichskanzler gerichtet hat.

Die Butterpreise haben heute mit 95 RM. gegenüber 185,5 Mark im Dezember 1918 je Zentner Berliner Notierung einen neuen Rekordtieftand erreicht. Der Reichslandbund fordert schnellstens energisches Eingreifen und bis zur Herstellung geordneter Marktverhältnisse völlige Buttereinfuhrsperre.

Wünsche des gewerblichen Mittelstands

WTW. Hannover, 29. Dez. (Priv.-Tel.) Der Zeitungsdienst des Reichsverbandes des deutschen Handwerks tritt in einem Jahresrückblick für weitgehende Forderungen des gewerblichen Mittelstands ein.

In diesem Rückblick werden u. a. die Forderungen des deutschen Handwerks auf Einschränkung der Gewerbefreiheit erwähnt. Danach soll die Ausübung eines Handwerksbetriebes von der Ausfertigung einer Handwerkerkarte abhängig gemacht werden, die auf der Grundlage der Gewerbekarte auszustellen ist. Ferner wird als Voraussetzung für die Ausübung eines Handwerksbetriebes die Berechtigung zur Führung des Meistertitels verlangt.

Zur Kundfufrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung wird bemerkt, diese Rede habe die Bedeutung des Handwerks nicht zu zerstreuen vermocht, daß eine unmittelbare Behebung der Wirtschaft nicht zu erwarten sei. Arbeitsbeschaffungsprogramme für die öffentliche Hand blieben doch immer „Krüden für die Wirtschaft“.

Zum Schluß heißt es, der Reichsverband des deutschen Handwerks habe die Errichtung eines besonderen Reichsministeriums für den gewerblichen Mittelstand gefordert.

Massenverhaftungen von Ukrainern in Polen

WTW. Warschau, 29. Dez. (Tel.) Aus Ostgalizien werden Massenverhaftungen von Ukrainern gemeldet. In Lemberg, Wjnyk, Tarnopol, Stanislaw, Wyzozny und im ostgalizischen Petroleumgebiet sind Angehörige der ukrainischen gebildeten Kreise, darunter auch sehr viele Studenten, festgenommen worden. In Wjnyk wurden u. a. ein Prälat und in Stanislaw die Gründerin des ukrainischen Bundes verhaftet. Die polnischen Regierungszeitungen versuchen, die Verhaftungen als unbedeutende Polizeiaktion hinzustellen.

Der englisch-perfische Konflikt

WTW. London, 29. Dez. (Tel.) Sowohl „Daily Telegraph“ wie „Morningpost“ berichten übereinstimmend aus Genf, in horten internationalen Kreisen sei man der Ansicht, daß Fernreisen verboten werden, sich mit Großbritannien über den Petroleumstreit zu verständigen, bevor die Frage am 28. Januar vor den Völkerbundrat kommt.

Die J. G. Farbenindustrie führt die Fünftageswoche ein. Im Verwaltungsbetrieb der J. G. Farbenindustrie in Frankfurt a. M. wird ab 1. Januar eine Neuerung eingeführt, und zwar wird von diesem Datum ab nur noch an 5 Tagen der Woche gearbeitet, während am Samstag die Büros geschlossen bleiben. An den anderen fünf Tagen sind die Büros von 8.30 Uhr vormittags bis um 17 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet. Eine Gehaltskürzung ist mit dieser Arbeitszeitkürzung nicht verbunden.

Opet erhöht die Gehälter. Die Adam Opel-WG. in Rüsselsheim teilt mit, daß sie ab 1. Januar 1933 unter entsprechender Erhöhung der Gehälter von der fünf- zur sechstägigen Arbeitswoche für die Angestellten zurückkehrt.

* Das Jahr 1932

Das Jahr 1932 wird einst vor dem kritischen Auge des deutschen Historikers besser bestehen, als es vor unserem eigenen, kritischen Empfinden besteht. Aber auch wir heutigen sollten uns bemühen, seiner Bedeutung gerecht zu werden; wir werden dann sehen, daß uns auch dieses vielgeschmähte Jahr in einigen Punkten Fortschritte gebracht hat.

Allerdings liegen diese Fortschritte in der Hauptsache auf außenpolitischem Gebiet. Aber wir sollten bei ihrer Würdigung doch nicht vergessen, daß sie nur erreicht werden konnten, weil wir wenigstens in diesen entscheidenden, außenpolitischen Fragen als ein völlig einmütiges Volk auftraten konnten. Diese Einmütigkeit des deutschen Volkes ist, soweit wir sehen konnten, bisher nirgends im Ausland bezweifelt worden. Sie bleibt unser unvergänglicher Ruhm, und sie ist die oberste und wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung aller weiteren Hoffnungen.

Um die Bedeutung jener Fortschritte auf außenpolitischem Gebiet richtig beurteilen zu können, muß man sich in seinen Gedanken zurückversetzen in all die Jahre vorher, in denen wir noch nicht einmal von dem träumen durften, was in diesem Jahre Ereignis geworden ist. Höchstens das Jahr 1931 — das Jahr, das mit der Kanzlerschaft Dr. Brüning erfüllt ist — macht hier eine Ausnahme. Denn schon unter Brüning ist all das in Angriff genommen und vorbereitet worden, was dann im Jahre 1932 zum Abschluß kam.

Dabei verlagert es für unsere Betrachtung wenig, daß dieses Resultat, gemessen an unseren wirklichen Wünschen, auch nur einen Teilerfolg bedeutet. Nicht umsonst sprechen wir deshalb von Fortschritten. Von der Erfüllung sind wir immer noch recht weit entfernt. Aber die Größe dieser Fortschritte ist so, daß sie uns Mut verleihen, auch an die Erfüllung zu glauben.

Das Jahr 1932 wird in der deutschen Geschichte fortleben als das Jahr der Lausanner Konferenz und als das Jahr, in welchem unser Kampf um die deutsche Gleichberechtigung auf der ganzen Front einsetzte. Was zunächst Lausanne anlangt, so war es insofern ein Erfolg, als man endlich die drückende Last der Reparationen von uns genommen wurde, jene Last, die so schwer war, daß wir mit ihr nie hätten hochkommen können. Gewiß, wir waren soweit, daß wir die Reparationszahlungen einfach nicht mehr leisten konnten. Aber es genügt nicht allein, daß der Schuldner seine Zahlungsunfähigkeit bekennt und beweist, sondern es ist auch nötig, daß der Gläubiger diesen Beweis annimmt.

In einem Ringen von ewiger, historischer Bedeutung haben wir unseren früheren Gegnern und langjährigen Gläubigern klarzumachen verstanden, daß wir nicht nur nichts mehr zu zahlen vermögen, sondern daß eine Fortsetzung unserer Zahlungen neben dem deutschen Ruin auch den völligen Ruin der Weltwirtschaft herbeiführen würde. Die Zeit selbst hatte gewissermaßen für uns gearbeitet. Die Weltwirtschaftskrisis hatte auch solchen die Augen geöffnet, die früher nicht sehen wollten. Und so gelang uns das noch vor einigen Jahren für unmöglich Gehaltene: unsere Gläubiger verzichteten auf die weiteren Reparationszahlungen. An dem Tage, an dem die Lausanner Konferenz geschlossen wurde, war die Reparationsfrage als solche ein für allemal begraben!

Wir haben in Lausanne allerdings nicht alles erreicht, was wir nach der Überzeugung sehr guter Sachkenner hätten erreichen können. Wir dürfen es ruhig zugeben, daß es ein Fehler war, als der damalige Reichskanzler Herr von Papen den Franzosen gewisse Angebote machte. Diese Politik Papens hat dazu geführt, daß uns eine Restzahlung von rund 3 Milliarden Goldmark auferlegt worden ist. Allerdings unter Bedingungen, die so beschaffen sind, daß man sich kaum vorstellen kann, wie diese 3 Milliarden jemals faktisch gezahlt werden sollen.

Mit einer erfreulichen Entschiedenheit hat Deutschland auf der Abrüstungskonferenz operiert. Es war gewiß ein Beweis starken, nationalen Selbstbewußtseins, daß wir schließlich die Abrüstungskonferenz verließen, als wir sehen mußten, daß Frankreich nicht die geringsten Anstalten traf, um die von uns geforderte Gleichberechtigung anzuerkennen. Unsere Politik hat Erfolg gehabt; jene Anerkennung ist dann später ausgesprochen worden. Gewiß, verkannt, aber doch eindeutig genug, um uns eine Rechtsbasis für alle weiteren Schritte zu geben. Die deutsche Gleichberechtigung ist heute nicht mehr ein Ziel

der Abrüstungskonferenz, sondern sie ist eine feierlich anerkannte Voraussetzung dieser Konferenz.

Natürlich kann uns die Anerkennung unserer Gleichberechtigung nur dann etwas nützen, wenn sie sich auch praktisch auswirkt. Das wird eine der größten Aufgaben der deutschen Politik des nächsten Jahres sein, nach dem moralischen und juristischen Sieg der Gleichberechtigungsidee nun auch die Verwirklichung dieser Idee durchzuführen. Wenn die übrigen Großmächte auf den Stand Deutschlands abzurufen, dann ist diese Aufgabe erfüllt. Aber heute wird es auf der Welt wohl noch keinen Menschen geben, der daran glauben möchte, daß die Großmächte freiwillig einen solchen Heroismus der Tat befehlen.

Was aber geschieht, wenn man die Abrüstungskonferenz mit einem Beschlusse auseinandergelassen lassen will, der wohl eine gewisse Beschränkung der Rüstungen erzwingt, im übrigen aber die militärische Überlegenheit der Nachbarvölker Deutschlands, soweit sie nicht selbst entwaffnet sind, verewigen will? Dann wird der Augenblick gekommen sein, in welchem Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung seine eigenen Maßnahmen trifft.

Was diese Maßnahmen anlangt, so hat es heute gar keinen Zweck, darüber zu sprechen. Denn wir halten ja einstweilen an der Zuversicht fest, daß die Großmächte eben doch mit der Zeit mürbe werden und die allgemeine Abrüstung nach deutschem Muster beschließen, oder aber, daß sie selber den Willen zum Ausdruck bringen, das von der Abrüstungskonferenz zu genehmigende Abrüstungsschema auch auf Deutschland anzuwenden. Für uns wäre dieser Modus selbstverständlich der angenehmere. Wir haben nicht das geringste Interesse an Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnissen. Wir wollen ehrlich mit unseren Nachbarn arbeiten. Aber wir wünschen, daß das alles geschieht auf der Basis gleichen Rechtes für alle, auf der Grundlage einer Sicherheitsidee, die alle umfaßt, und die Deutschland und seine Sicherheit nicht weniger berücksichtigt, als die Frankreichs.

Das ganze Jahr 1932 hat gezeigt, daß das deutsche Volk in all seinen Stämmen, Schichten und Parteien durchaus den festen Willen hat, seine volle Souveränität wieder zu erlangen und seinen nationalen Lebenswillen durchzusetzen. In dieser Beziehung gibt es im deutschen Volke keinen Zwiespalt. Der Triumph des nationalen Gedankens ist im Jahre 1932 sogar so groß gewesen, daß er selbst die Kommunisten mitfortriß. Die kommunistische Partei hat im verflochtenen Jahr ihre Propaganda stark mit nationalen Gedankengängen befruchtet. Auch sie hat eingesehen, daß jemand, der nicht die Liebe zu Volk und Vaterland an die Spitze all seines Tuns setzt, heute keine Aussicht hat, vom Volke gehört zu werden.

Machonals, der die Weihnachtstage in Loffenmouth zubrachte und Ende dieser Woche nach London zurückkehren wollte, hat beschlossen, seinen Erholungsurlaub beträchtlich zu verlängern. Er denkt erst am 17. Januar zurückzukehren.

Veränderungen in der englischen Diplomatie? „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß im kommenden Jahr mit wichtigen Veränderungen im britischen diplomatischen Dienst zu rechnen sei. Unter anderem wird wahrscheinlich der Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, bald zurücktreten und durch den jetzigen Botschafter in Konstantinopel, Sir John Clerk, ersetzt werden.

Neues Abkommen in Lancashire. Zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Baumwollindustrie von Lancashire ist ein neues Abkommen getroffen worden, das für jeden Weber eine größere Anzahl von Beurlaubungen vorsieht. Das neue System tritt in der nächsten Woche in Kraft. Die Unterhandlungen, die auf den Abschluß dieses Vertrages abzielten, dauern bereits seit vier Jahren an.

Die Elektrifizierung der italienischen Staatsbahnen. Die „Frankf. Ztg.“ erfährt, daß im italienischen Verkehrsministerium ein Plan zur weiteren Elektrifizierung ausgearbeitet werde. Der Plan erstreckt sich auf 4850 Kilometer, deren Elektrifizierung in 12 Jahren mit einem Kostenaufwand von L. 4,2 Mdn. in Aussicht genommen sei.

Konzert des Regensburger Domchors

(Im Eintrachtsaal Karlsruhe)

Es mag zwar auch ein unglücklicher Zufall gewesen sein, daß der Regensburger Domchor, übrigens einer der ältesten seiner Art, auf seiner Heimreise aus der Pfalz, wo er sich einen großen Erfolg erkämpft hatte, gerade in unserer Landeshauptstadt so geringe Gegenliebe fand. Teils ist sicherlich die Wahl des „dritten Feiertages“, wie sich die Ankündigung ausdrückt, dem Besuch der beiden Konzerte einigem Abbruch, und zweifellos fehlte es auch in den dafür besonders interessierten Kreisen an der nötigen Propaganda; aber es ist doch noch zu sagen, daß man hierzulande überhaupt viel zu wenig von diesem Chor weiß, dessen Singen unter dem Namen „Regensburger Domspaten“ in ganz Bayern längst populär geworden sind und zum Leipziger Thomachor etwa das katholische Gegenbeispiel darstellen.

Denn auch hier handelt es sich um eine Jahrhunderte alte Institution, die auf Grund einer Stiftung sich der gesungenen Ausbildung von Knaben widmet und deren musikalische Erziehung ausschließlich in den Dienst der Liturgie stellt, d. h. heute natürlich nur noch bis zum Eintritt der Pubertät; aber bis dahin betreten im gemischten Chor Knaben auch die Frauenstimmen, und da sie, richtig geschult, diese nicht nur an Wohlklang überbieten können, sondern zugleich auch mit ihrem Timbre und ihrer Tonlage dem von Männern gestützten gemeinsamen Gesang eine wesentlich andere Färbung leihen, erlebt man einen selten gehörten Genuß, der kaum hinter dem einzigartigen Eindruck des Sigtalischen Chores (der päpstlichen Hofkapelle) oder den noch ähnlich organisierten Wiener Sängerknaben zurücksteht. Es war also immerhin etwas nicht Alltägliches, das die Mehrzahl der Karlsruher Musikliebhaber sich entgehen ließ, zumal die Gelegenheit einer Wiederbegegnung mit dieser unter der muttergütigen Oberhoheit von Domkapellmeister Dr. Theobald Schrems stehenden Sängergemeinschaft leider nicht so schnell wird ermöglichen lassen.

Wird nur übrig, zu den beiden Konzerten selbst noch ein Wort zu sagen. Ihre Stärke lag bei den vielfach bis zu acht

Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung

Ein Artikel des Reichsaussenministers

Reichsaussenminister von Neurath veröffentlicht im Januarheft von Velhagen & Klasing Monatsheften einen Aufsatz über Deutschlands Kampf um die Gleichberechtigung in der Wehrfrage. Nach einem eingehenden Überblick über die bisherigen Bemühungen Deutschlands um die Durchsetzung dieses Anspruchs schließt der Minister seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Inzwischen ist verschiedentlich der Versuch gemacht worden, unsere Absichten in der Weltöffentlichkeit zu mißdeuten und uns des Willens zur Aufrüstung zu bezichtigen. Diese Bemühungen sind offenbar von dem Bestreben diktiert, die Aufmerksamkeit von dem wahren Sachverhalt abzulenken. Nicht um deutsche Aufrüstung handelt es sich, sondern um die Aufrüstung der heute noch hochgerüsteten Staaten. Diese haben es vollständig in der Hand, ob und inwieweit Deutschland seinen Rüstungsstand modifizieren muß. Je weiter sie abrüsten, um so mehr sie sich dabei nach dem Muster der Versailler Entwaffnungsbestimmungen richten, um so weniger wird Deutschland an seiner gegenwärtigen Richtung ändern müssen. Wir haben es in Genf immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß uns jede — auch die weitestgehende — Abrüstungsmaßnahme recht ist, wenn sie nur in gleicher Weise für alle gilt. Der Vorwurf, wir wollten ein neues Wehrtrüben entzweigen, ist völlig unbegründet und ungerichtet.“

Die Verantwortung dafür, ob sich die vertragliche Festlegung der Rüstungen als realisierbar erweist, ruht allein auf den hochgerüsteten Staaten, vor allem auf Frankreich. Das deutsche Volk hat diesem Gedanken bereits ungeheure materielle und moralische Opfer gebracht. Wenn wir eine halbjährige Entscheidung verlangen, so sind wir dazu nicht nur durch die Verträge berechtigt, sondern auch durch Rücksicht auf die Sicherheit von Land und Volk verpflichtet.“

Frankreich und die österreichische Anleihe

Gegen den Anschluß

Der Auswärtige Ausschuss des französischen Senats gab am Mittwoch nach eingehenden Beratungen seine Zustimmung zu der Regierungsvorlage über die Gewährung der neuen österreichischen Anleihe, jedoch unter gewissen politischen und diplomatischen Vorbehalten.

In der Diskussion war von sämtlichen Rednern, wie Sabas berichtet, darauf hingewiesen worden, wie notwendig es für Frankreich sei, über die Politik Deutschlands und Italiens in der Anschließfrage genau unterrichtet zu sein. Auch wurde betont, daß man Österreich neue finanzielle Garantien nur bewilligen könne, wenn man dafür entscheidende politische Garantien von Österreich erlaube. Ministerpräsident Paul-Boncour erklärte, das politische Interesse an der geplanten Anleihe bestehe ja gerade in der neuerlichen Bestätigung des Protokolls von 1922 durch Österreich. Mehrere radikale Abgeordnete der Kammer forderten Aufhebung des Fraktionszwanges bei der Abstimmung über die österreichische Anleihe.

Die Lage in Indien

Forderung für einen Bund indischer Staaten mit Zentralregiment

Dem Staatssekretär für Indien in London wurde eine Denkschrift von Sir Tej Bahadur Sapru und von Jhalakar über die Ergebnisse der dritten Rundfunkkonferenz überreicht. Darin wird die möglichst rasche Schaffung eines Bundes der indischen Staaten mit einer Zentralmacht gefordert. Weiter wird die Verwendung indischer Truppen außerhalb Indiens und zu Unedlen, die nicht die indische Landesverteidigung betreffen, abgelehnt. Schließlich sollen alle politischen Parteien in der gesetzgebenden Versammlung vertreten sein.

Im größten Teile Bengalens ist jetzt der Belagerungszustand proklamiert worden. Die Bevölkerung darf zwischen dem Sonnenuntergang und dem Sonnenaufgang nicht auf die Straße.

General Rimmann hat sein Mandat als nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter niedergelegt. Dazu wird mitgeteilt, daß die Nationalsozialisten ihn für die Reichstagswahl offenbar nur deshalb aufgestellt hatten, um eine neue Alterspräsidentenwahl der Kommunistin Klara Jettin zu verhindern. Die Nationalsozialisten sind bekanntlich auch grundsätzlich gegen die Ausübung von Doppelmanövern.

Sonderabteilung der Hitler-Jugend abgesetzt. Wie die Nationalsozialistische Korrespondenz mitteilt, ist die vom 30. Dezember 1932 bis 4. Januar 1933 geplante Sonderabteilung der Hitler-Jugend in Gotha abgesetzt und auf einen späteren Termin verschoben worden.

Stimmen gefeierten Chören der Meister von Palestrina, also bei jenen Werken, die trotz aller Modifikation der musikalischen Linie und trotz feinsten Differenzierung der Dynamik am ehesten den Ausdruck der Ausdruckslosigkeit, wenn man so eine Chorvereinigung ohne Frauenstimmen nennen darf, betragen oder geradezu erfordern. Kein weiter Abstand trennte davon aber auch verschiedene Weibchöre und Volkslieder, deren Interpretation ebenfalls ein außerordentlich hohes künstlerisches Niveau wahrte. Wie konnte das auch anders sein, nachdem ein ganz junger Einzelsänger (in Arien von Handel und Mendelssohn) noch zeigte, welche Sorgfalt der technischen Ausbildung jeder Stimme zugewendet wird? Etwas ganz Eigenartiges brachte der Nachmittags außerdem mit einer nur von Knaben besetzten (genetischen) Darstellung der köstlichen „Opernprobe“ von Lorzing (und Mozart) in einer recht geschickten Neubearbeitung durch Dr. Armin Schäfer (Regensburg). Gewiß waren darunter auch manche edige Gassenjungenbewegungen, die allein schon dröckig wirkten, mehr mußte indessen doch die Sauberkeit und Sicherheit imponieren, womit die sehr spielerischen Leuten ihrer oft ziemlich schwierigen gesanglichen Aufgaben bewältigten. Das war nicht nur das Resultat fleißigen Lebens, sondern glänzende Bestätigung einer auch die individuellen Fähigkeiten freilegenden musikalischen Erziehung. S. Sch.

Die deutsche Buchproduktion 1932. In der Zeit von Januar bis Oktober 1932, also in zehn Monaten, sind — wie wir einer Statistik der „Deutschen Nationalbibliographie“ entnehmen — insgesamt 29 804 Neuerscheinungen angezeigt worden, gegenüber 31 106 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das bedeutet für die Gesamtbuchproduktion einen Rückgang um 4,1 Prozent. Dabei sind aber auch die Erscheinungen außerhalb des Buchhandels berücksichtigt. Nimmt man die Erscheinungen des Buchhandels allein, so ist der Rückgang größer und beträgt 15,3 Prozent, während die Erscheinungen außerhalb des Buchhandels gegenüber dem Vorjahr sogar eine Vermehrung um 15,8 Prozent aufweisen.

„Verbündete Sozialpolitik“

Gewerkschaftskritik an den Parteien

In der Zeitschrift des GdA schreibt der Bundesvorsitzende Gustav Schneider in einem „Der neue Reichstanzler“ überschriebenen Artikel:

Es gibt eine nahezu geschlossene Volksfront für die soziale Gestaltung der deutschen Wirtschaft. Auch sie fehlt im Reichstag. Aber sie wäre da, wenn nicht die parteilichsten Winkelzüge wären. Aber 400 in sozialem El gefallener Reichstagsabgeordneter drängen sich im Ballon. Aber die Parteiführer befehlen anders, und so sind sie alleamt „verbündete Sozialpolitik“.

In der Geschichte der Parteien wird es jedenfalls nicht angenehm auffallen, daß der neue Reichstanzler von Schleicher mehr an Notverordnungen aufhebt, als die Parteien von ihm verlangten. Damit hat der Kanzler das Gesetz des Handelns an sich gezogen. Und in einem Geiste, der auch uns sympathisch sein kann. Die Aufhebung der unsozialen Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 die Gegnerschaft gegen Lohn- und Gehaltskürzungen, die Sorge um die Arbeitslosen, Arbeit schaffen! — das alles sind doch Maßnahmen, die positiv gewertet werden müssen. Freilich sind sie nur ein Anfang. An dem ersten Willen der Reichsregierung, der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu gehen, ist nicht zu zweifeln.

Bei allem gefundenen Mißtrauen — das im Grunde genommen jeder Regierung gegenüber berechtigt ist — sehen wir nicht ein, warum wir nicht abwarten sollen, was diese Regierung leitet. Ihre Antrittspolitik war gut. Sie hat nicht Bolschewikududschime verprochen, hat sich keine Vorjubiläumstränge aufs Haupt gesetzt. Keine Missionisten, sondern Realpolitiker!

Das aber ist es, was wir brauchen! Nicht nur in der Regierung, mehr noch in den Parteien.

Liga für Menschenrechte für Revision der Friedensverträge

Eine Entschlieung

Die in Paris tagende Liga für die Menschenrechte stimmte im Prinzip der Revision der Friedensverträge zu. Verschiedene Redner forderten eine neue Untersuchung über die Verantwortung am Kriege, auch über die französische Verantwortung und die Veröffentlichung der Dokumente über die Kriegsverbrechen.

Der Kongreß wurde am Mittwoch nach einer sehr lebhaften Aussprache über Abrüstung und Vertragsrevision geschlossen. Die vom Kongreß angenommene Entschlieung fordert, daß die „ungerechten, unmoralischen und hinfalligen Bestimmungen der Friedensverträge abgeändert werden“. Sie schlägt eine tiefgreifende Änderung des Völkerbundes vor, wobei die Überordnung des Völkerbundes über die Souveränität der Staaten aufrechterhalten werden solle. Die Entschlieung fordert das restlose Verbot des privaten Handels und der privaten Herstellung von Waffen. Sie wünscht eine sofortige starke Zurückziehung der Rüstungen, um zu einer absoluten Gleichheit in der allgemeinen völligen Abrüstung zu gelangen. Moralische Abrüstung wäre es, wenn die Grenzen fielen; im Rahmen einer europäischen Föderation sieht die Entschlieung den ersten Schritt dazu.

Reisevorbereitungen in Südamerika

Kolumbien gegen Peru im Amazonas

Die kolumbianische Regierung trifft nunmehr ernstliche Vorbereitungen, die im September von den Peruanern besetzte Hafenstadt Leticia am Amazonas zurückzuerobern. Es liegen bereits zwei große kolumbianische Transportschiffe klar, die Maschinengewehre, Gewehre, Luftabwehrgeschütze und große Mengen Munition geladen haben. Weitere Schiffe sollen in nächster Zeit ausgerüstet werden. Inzwischen haben peruanische Vertreter in Rio de Janeiro Vorstellungen gegen die Maßnahmen der Kolumbianer erhoben. Sie weisen darauf hin, daß die kolumbianischen Schiffe durch brasilianisches Gebiet kommen werden, wenn sie den Amazonas hinauf nach Leticia fahren. — Laut Zeitungsberichten erteilte die brasilianische Regierung einer Flottendivision von vier Kriegsschiffen Befehl, sich zur Ausfahrt bereit zu halten, um die Neutralität Brasiliens im Konflikt zwischen Kolumbien und Peru zu gewährleisten.

Solivanischer Sieg im Gran Chaco. Nach einer Reutersmeldung bestätigt es sich, daß die Paraguaner nach sechs Wochen erbitterter Kämpfe die Forts Saabera, Samaclay und Rurguia räumen mußten. Die Bolivianer haben sich also des ganzen Abschnittes des Pilcomayo an der Gran Chaco-Front bemächtigt.

Die südafrikanische Währung. Die durch die Aufhebung der Goldbeinlösungspflicht geschaffenen Währungsverhältnisse werden von amtlicher Seite als „reglementierte Goldwährung unter Wegfall des inneren Goldumlaufes“ bezeichnet. — Eine Proklamation des Generalgouverneurs bestätigt, daß die südafrikanischen Banknoten an den öffentlichen Kasien nicht mehr in Gold eingehandelt zu werden brauchen und daß Zahlungen mit Banknoten in allen Fällen und für alle Zwecke als gleichmäßig zu betrachten sind.

Kleine Chronik

Drei maskierte Räuber drangen in der Nacht zum Donnerstag in das Besitztum des Gutsherrn Schulze-Wedding in Appelhufen bei Rünster (Westfalen) ein. Der Gutsherr wurde von den Räubern durch einen Schuß getötet.

In Birmingham ist eine Grippe-Epidemie ausgebrochen. Zahlreiche Fälle von Lungenentzündung sind zu verzeichnen. Die Zahl der Todesfälle betrug letzte Woche 30.

Im Fünftürchener Steinkohlengruben (Angern) hat sich am Mittwoch in einer Grube bei Ragnymanol eine katastrophale Schlagwetterexplosion ereignet. 13 Bergleute wurden getötet, ein Bergmann lebensgefährlich verletzt.

Nach einer Meldung aus Madrid stürzte das Postflugzeug Barcelona-Toulous in der Provinz Lerida am Mittwoch brennend ab. An Bord befanden sich der Pilot und zwei Hochzeitsgäste. Der Pilot und die junge Frau verbrannten, der Ehemann wurde schwer verletzt.

Wie erst jetzt gemeldet wird, ist die Ortschaft Tomatlan in der mexikanischen Provinz Jalisco am 19. Dezember durch ein Erdbeben völlig zerstört worden. Man beklagt 27 Tote und mehr als 50 Verletzte.

Große Teile Argentiniens werden weiter von ungeheuren Schneefriedensschwärmen heimgesucht. Einer dieser riesigen Schwärme hat am Vermejo-Fluß die ausgedehnten dortigen Pflanzungen verwüstet. Der Schwarm hat eine Ausdehnung bis 300 Kilometer Länge und 6 Kilometer Tiefe.

Am Mittwochabend erfolgte am Eingang des Binnenhafens in Wellington (Neuseeland) ein Zusammenstoß zwischen einem Dampfer und einem Motorboot, auf dem 31 Arbeiter aus dem Außenhafen zurückkehrten. Das Motorboot sank. 21 Arbeiter wurden getötet, die übrigen 10 sind wahrscheinlich ertrunken.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverträge

Ein Devisenabkommen — Modifizierung der Weisbegünstigung

Das französische Außenministerium hat die in Berlin unterzeichneten deutsch-französischen Verträge veröffentlicht. Es handelt sich einmal um das sogenannte Devisenabkommen; wenn die Ausfuhr französischer Waren nach Deutschland das deutschseits normalerweise für die Bezahlung französischer Waren festgesetzte Devisenkontingent überschreitet, werden die Zahlungen, die darüber hinausgehen, in Mark auf ein zu errichtendes Reichsbankkonto erfolgen. Diese Beträge werden zur Bezahlung deutscher Waren dienen, die nach Frankreich ausgeführt werden. Es erfolgt also keine Transferierung. Das Devisenabkommen tritt am 1. Januar 1933 in Kraft und gilt bis zum 28. Februar 1933, und wird von da ab schweigend verlängert, wenn es nicht mit 14-tägiger Kündigungsfrist gekündigt wird.

Ferner handelt es sich um einen Zusatz zum Handelsvertrag vom 17. August 1927. Das neue Abkommen bietet die Möglichkeit, daß beiderseits die gegenwärtig konsolidierten Zollsätze mit 15-tägiger Frist abgeändert werden können; die Weisbegünstigungsklausel wird nicht mehr allgemein zur Anwendung kommen, sondern nur auf eine Liste von Waren, die allerdings alle Exportmöglichkeiten umfaßt. Das Abkommen enthält dann eine Bestimmung, wonach die Weisbegünstigungsklausel sich nicht erstreckt auf:

Berguntersetzungen, die die beiden Länder im kleinen Grenzverkehr (Zone von höchstens 15 Kilometer) ihren Nachbarländern gewähren;

Berguntersetzungen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen; auf Währungsmaßnahmen; auf Sondermaßnahmen gemäß den Empfehlungen der Konferenz von Straßburg;

auf Berguntersetzungen auf künftige, mehrseitige Abkommen, die dem Völkerverbund angehängt werden und denen alle Staaten beitreten können.

Zollfreiheit ist vorbehalten für Verpackungsmaterialien, ferner von Werkzeugen, die zur Ausbesserung von Maschinen dienen, die sich im anderen Lande befinden.

Dieses Handelszusatzabkommen tritt am 10. Tage nach Austausch der Ratifizierungsurkunden, der in Paris erfolgen wird, in Kraft.

Schließlich ist noch ein Fremdenverkehrsabkommen vorgesehen, dessen Unterzeichnung demnächst erfolgen soll; dieses Abkommen sieht vor, daß die Summe, die nach Frankreich reisende Deutsche im Zukunft mit ins französische Ausland nehmen dürfen, von 200 auf 700 RM. pro Monat und Person erhöht wird.

W.D. Paris, 20. Dez. (Tel.) Der Abschluß des Zusatzabkommens zum deutsch-französischen Handelsvertrag wird hier mit Genugtuung begrüßt. Daraus hebt die erzielten günstigen Ergebnisse hervor und erklärt, man habe eine Atmosphäre guten Einverständnisses auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen den beiden Ländern hergestellt.

Die deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen

Zu einer Meldung des „Daily Telegraph“ über das Ergebnis der kürzlich in Berlin geführten deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen wird von deutscher zuständiger Stelle erklärt, daß zwischen beiden Delegationen vereinbart worden ist, keine Mitteilungen über Einzelheiten herauszugeben, solange die Verhandlungen schweben. Wie bereits mitgeteilt, sind bei den Verhandlungen die Möglichkeiten für gegenseitige Zugeständnisse geklärt worden, und zwar sowohl hinsichtlich der deutschen Wünsche nach Herabsetzung englischer Zölle, die für die deutsche Einfuhr abträglich sind, wie hinsichtlich der englischen Wünsche nach vermehrter Zulassung von englischer Kohle zur Einfuhr nach Deutschland. Die Verhandlungen werden Anfang Januar fortgesetzt.

Der Fremdenord in Sachsen

Gegenüber Auslassungen einiger sächsischer Blätter, daß die zuständigen Behörden die Suche nach den vermeintlichen Mörder des SA-Mannes Gentsch zunächst nicht mit der erforderlichen Sorgfalt und Energie betrieben hätten, obwohl von vornherein alles auf einen „Fremdenord“ hingedeutet habe, wird von zuständiger Stelle in Dresden u. a. mitgeteilt:

Die Staatsanwaltschaft hat unmittelbar, nachdem ihr die Akten zugegangen waren, mit Nachdruck die Ermittlungen betrieben, Haftbefehl gegen die mutmaßlichen Täter erwidert und Steckbriefe erlassen. Sie hat in Erfahrung gebracht, daß die Beschuldigten bald nach der Tat ins Ausland geflüchtet waren, und weiß seit längerer Zeit, wo diese sich jetzt im Ausland aufhalten. Seit der Auffindung der Leiche ist außer dem beschuldigten Vornamen noch ein Bruder der Braut des flüchtigen Schenck, festgenommen worden.

Unter dem Verdacht des Mordes an dem SA-Truppenführer Gentsch stehen der SA-Sturmführer Schenk, der Gentsch am 4. November spät abends an einem bestimmten Platz bestellte hatte, sowie der 22 Jahre alte SA-Mann und Telegraphenbauhandwerker Bräunel aus Dresden und der 20 Jahre alte beruflose SA-Mann Weick aus Dresden. Alle gehören dem Nachrichtensturm der Dresdener SA. an und verschwanden nach der Tat ins Ausland.

Wiederum politische Schiebererei in Berlin. Ein im Osten der Stadt gelegenes nationalsozialistisches Verkehrslokal wurde kurz nach Mitternacht von Kommunisten beschossen. Die Schützen flüchteten in ein KPD-Lokal. Zwei Personen wurden als angebliche Täter festgenommen.

Die Schuldenlast Berlins. Die Gesamtschuld Berlins beläuft sich nach einer jetzt veröffentlichten Aufstellung auf 1,25 Milliarden Reichsmark. Davon ist ein volles Drittel kurzfristig. Zur Verzinsung und Amortisation braucht Berlin jährlich über 100 Millionen Reichsmark. Die Finanzlage der Reichshauptstadt ist außerordentlich gefährdet. Hunderte von Millionen wurden zum Bau von Untergrundbahnen verwendet, so daß jetzt eine kaumwärmende Berechnung des in den Untergrundbahnen angelegten Kapitals von vornherein jede Rentabilität der Bahnen unmöglich macht.

Verlängerung der Reichsfluchtsteuer. Die Geltungsdauer der Reichsfluchtsteuer, die in der sogenannten vierten Notverordnung des Kabinetts Brüning am 8. Dezember 1931 geschaffen worden war und deren Geltungsdauer ursprünglich mit dem Jahresende 1932 abließ, ist jetzt bis 31. Dezember 1934 verlängert worden.

Eine neue Vergleichsordnung. In gemeinschaftlichen Beratungen zwischen dem Reichsjustizministerium und dem österreichischen Bundesministerium für Justiz ist ein Entwurf für eine neue Vergleichsordnung aufgestellt worden, die in Deutschland und Österreich eingeführt werden soll. Der Entwurf, der eine neue wichtige Etappe in der österreichisch-deutschen Rechtsangleichung darstellt, wird demnächst der Öffentlichkeit zur Beurteilung unterbreitet werden.

Badischer Teil

Steuern

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Gemäß § 18 Buchstabe b des Fleischsteuergesetzes vom 9. Dezember 1932 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 305) wird auf die Erhebung einer Fleischausgleichsteuer bei der Einfuhr von Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren aus dem Lande Mecklenburg-Strelitz in das Gebiet des badischen Staates im Wege der Gegenseitigkeit verzichtet.

Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an in Kraft.

Neue Lokomotiven für die Süllentalbahn

Am Mittwochvormittag ist eine neue Tenderlokomotive der Einheitsbauart 85 der Deutschen Reichsbahn durch den Karlsruher Hauptbahnhof in Richtung Ostfildern gefahren. Sie ist die schwerste Tenderlokomotive der Deutschen Reichsbahn und dazu bestimmt, die Jahrsradlokomotiven der Süllentalbahn und damit den teureren und schwerfälligen Jahrsradbetrieb durch Reibungsbetrieb zu ersetzen, die bisherige Jahrsradlokomotiven zu ersetzen und die Fahrzeiten zwischen Freiburg und Neustadt wesentlich zu kürzen. Für den Reibungsbetrieb der Süllentalbahn sind 10 Lokomotiven der Bauart 85 nötig, die von der Lokomotivfabrik Henschel in Kassel geliefert werden und die insgesamt 2.020.000 RM kosten. Die Lokomotive ist als dreizuglinde Heißdampflokomotive mit 5 gekuppelten Achsen und je einer vorn und hinten angeordneten Laufachse gebaut. Die beiden Laufachsen sowie 2 Kuppelachsen sind zur Erhöhung der Kurvenbeweglichkeit seitlich verschiebbar ausgeführt.

Die Lokomotive besitzt im betriebsfähigen Zustand einschließlich 5 tm Kohle und 14 cbm Wasser ein Gesamtgewicht von 135 t, von denen 100 t auf die Treib- und Kuppelachsen entfallen. Ihre Höchstgeschwindigkeit ist auf 70 km/h festgesetzt.

Maschine, Kessel und Reibungsmechanismus ermöglichen, erforderlichenfalls unter Zuhilfenahme von Sand für die Verbesserung der Reibung zwischen Rad und Schiene, bei der Anfahrt eine Zugkraft bis zu 30.000 kg und bei Beförderung der schwersten Güte eine Maschinenleistung von 1800 PS zu entwickeln.

Sie wird in der Lage sein, auf der Strecke Freiburg—Süßbrunn Zug bis zu 300 t und auf der bisherigen Jahrsradstrecke Zug bis 180 t ohne Nachschub mit wesentlich erhöhten Jahrsradlokomotiven zu befördern, so daß der Nachschub nur für Züge über 180 t auf der Stielstrecke übrig bleibt. Durch den damit erreichten Ausfall zahlreicher Nachschubleistungen werden die Betriebskosten nur geringfügig beeinflusst. Der Betrieb kann mit den neuen Lokomotiven beschleunigt und flüssiger gestaltet und Kürzungen der Fahrzeiten zwischen Freiburg und Neustadt bis zu einer halben Stunde erzielt werden.

Die neuen Lokomotiven werden nur zwischen Freiburg und Neustadt sowie für die bis Bärenthal durchlaufenden Züge verwendet, so daß in Neustadt in beiden Richtungen Lokomotivwechsel erforderlich ist. Die Lokomotiven sind Donauerschiffen durchlaufen zu lassen, ferner wegen des schwachen Oberbaues und der geringen Tragfähigkeit verschiedener Brücken dieser Strecke zunächst nicht in Frage, empfiehlt sich aber auch auf dem Abschnitt des verhältnismäßig schwachen Verkehrs auf der Strecke Neustadt—Donauerschiffen aus wirtschaftlichen Gründen nicht, weil die erforderlichen Lokomotivleistungen mit den jetzt auf dieser Strecke verwendeten nicht einmal halb so schweren Lokomotiven anstandslos erzielt werden können.

Leider fällt ein kleiner Wertminderungskosten in die Freude über die kommenden Verbesserungen des Betriebs und des Fahrplans der Süllentalbahn, weil die Lokomotiven nicht sofort eingesetzt werden können. Die ungünstige Finanzlage der Reichsbahn hat es nicht ermöglichen lassen, die Verstärkung des Oberbaues und der Brücken, die beabsichtigt, so zu beschleunigen, daß der neue Betrieb im Frühjahr 1933 aufgenommen werden kann. So wie die Verhältnisse liegen, wird es wohl Herbst werden, bis die erforderlichen Arbeiten an Gleisen und Brücken durchgeführt sind.

Die Reichsbahndirektion sieht sich deshalb gezwungen, die neuen Lokomotiven zunächst auf der Schwarzwaldbahn zur Beförderung schwerer Güterzüge zwischen Offenburg und Singen zu betreiben. Mit den durch Einführung des Reibungsbetriebes zu erzielenden Verbesserungen im Betrieb, Fahrplan und in der Leistungsfähigkeit der Süllentalbahn hofft die Reichsbahn alle billigen Wünsche der Bewohner des Dreisgaues erfüllt zu haben.

Um die Erhaltung

des Versorgungsamts Radolfzell

Auf die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Großhans an die badische Regierung gerichtete Anfrage wegen der geplanten Aufhebung des Versorgungsamts Radolfzell hat die badische Regierung eine Antwort erteilt, in der es u. a. heißt:

„Die badische Regierung hat sich bereits am 3. Dezember beim Reichsarbeitsministerium mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung des Versorgungsamts Radolfzell eingesetzt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Stadt Radolfzell infolge seiner Grenzlage besonders stark zu leiden hat. Sie würde durch die Aufhebung des Versorgungsamts eine größere Einbuße erfahren, als dies der Fall sein würde, bei Aufhebung von Versorgungsämtern im Inneren Württembergs. Der Aufgabenbereich des Versorgungsamts Radolfzell erstreckt sich nicht nur auf die badischen Amtsbezirke Konstanz, Überlingen, Pfullendorf, Neßling, Etdach, Engen, Donauerschiffen, Wiblingen und Waldshut, sondern auch auf Hohenzollern und auf Versorgung der Kriegsober in der Schweiz. Eine Aufhebung ist daher nicht nur Sache der Kriegsober des Bezirks des Versorgungsamts Radolfzell, sondern auch des Landes Baden, dessen Interessen als Grenzland gefährdet würden.“

Aus der badischen Industrie

Spinnereiarbeiter lehnen Mehrarbeit ab. Die Spinnerei und Weberei Kollnau, die in letzter Zeit mehrfach Betriebs-einsparungen vornehmen mußte, teilte ihren Arbeitern mit, daß sie einige große Aufträge bei Lieferung unter Selbstkostenpreis hereinbekommen könne, wenn sich die Arbeiter bereit erklärten, täglich eine Stunde länger zu halbem Stundenlohn zu arbeiten. In einer Abstimmung hat die Belegschaft diesen Vorschlag der Leitung abgelehnt, wobei auf die überhöhten Direktorengehälter des Werkes hingewiesen wurde.

Elektrifizierungswünsche in Bayern

Ein Münchner Blattes sollen Pläne der Reichsbahn bestehen, die Strecke Berlin—München elektrisch umzubauen. Zunächst siehe schon die Strecke Augsburg—München im Programm und man könne schon in allernächster Zeit mit der Vergabe der Aufträge für Elektrifizierung dieser Strecke rechnen. Die „Wayer. Staatsztg.“ erfährt dazu, daß solche Beschlässe der Reichsbahn-Gesellschaft bisher noch nicht vorliegen. — In dem Notstandsprogramm der badischen Regierung an den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ist beinahe ausschließlich die Fortsetzung der Elektrifizierung der süddeutschen

Ostweinsteine Stuttgart—Köln enthalten, ein Vorschlag, der auch der organischen Fortführung der Elektrifizierung in Süddeutschland entspricht.

Das Notwerk für die deutsche Jugend Die Durchführung

Im Anschluß an den Aufruf des Reichspräsidenten über das Notwerk der deutschen Jugend hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Verfügung an die Präsidenten der Landesarbeitsämter erlassen.

In dieser Verfügung wird u. a. angeordnet, daß tunlichst bald alle Stellen, die nach ihrem Aufgabentypus Hilfe für die arbeitslose Jugend leisten, zu Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden sollen. Neben dem Arbeitsamt kommen vor allem die Gemeinden, Freie Wohlfahrts- und Jugendpflege, Geistlichkeit und Lehrerschaft, die Jugendverbände aller Art für diese Arbeitsgemeinschaften in Frage.

Das Notwerk soll den jungen Arbeitslosen täglich mindestens vier Stunden sinnvolle Beschäftigung bieten. Hierfür sollen grundsätzlich durchschnittlich mindestens zwei Stunden täglich auf berufliche Bildungsarbeit verwendet werden. Mindestens weitere zwei Stunden täglich sind auf Leibesübungen oder auf gemeinsame geistige Beschäftigung zu verwenden, die der geistig-fittlichen Erhaltung dienen sollen. Nach dem Erlaß soll geprüft werden, ob Gruppen von Jugendlichen zu Selbstdiensten bei Einrichtungen der öffentlichen und freien Fürsorge, die sich nicht zur Anerkennung im Freiwilligen Arbeitsdienst eignen, eingesetzt werden können. Für junge Arbeitslose, die keinen Mithalt in der Familie haben, ist die Einrichtung von Tagesheimen durch geeignete Träger zu fördern.

Für die Durchführung des Notwerkes sind die Kräfte und Mittel aller vorhandenen Stellen planmäßig einzusetzen. Nach Möglichkeit sollen alle verfügbaren Räume in den Werkstätten der Berufs- und Fachschulen in Anspruch genommen und darüber hinaus geeignete leerstehende Betriebsanlagen als Schulungsräume benützt werden. Die sonstige geistige und sportliche Beschäftigung wird vornehmlich den Einrichtungen der Jugendpflege, der Volksbildung, den Turn- und Sportvereinen usw. obliegen.

Was die in dem Aufruf des Reichspräsidenten erwähnten Kameradschaften der jungen Arbeitslosen anlangt, so sind zur Bildung solcher Kameradschaften alle Gemeinschaftsgruppen (Jugendverbände usw.) berechtigt, die keine staatsfeindlichen Ziele verfolgen. Parteipolitischen Bestrebungen darf das Notwerk nicht dienlich gemacht werden. In der Regel soll eine Kameradschaft nicht weniger als 25 Mitglieder haben.

Die beruflichen Bildungsmaßnahmen bleiben nach wie vor darauf gerichtet, die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten und zu steigern, ihre Verwendungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Verbundenheit mit dem Beruf aufrechtzuerhalten.

Zur Durchführung des Notwerkes hat die Reichsregierung einen Betrag von neun Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Aus diesen Reichsmitteln können insbesondere an Freiwillige Kameradschaften Beihilfen vor allem zu den Kosten der Verpflegung gewährt werden. Als Beihilfe kann höchstens ein Betrag von täglich je 15—25 Pf. gewährt werden, im Durchschnitt des Landesarbeitsamtsbezirk nicht mehr als 20 Pf. Die Beihilfen haben regelmäßig zur Voraussetzung, daß sich auch andere — private oder öffentliche — Stellen mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des Notwerkes beteiligen. Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind an den Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu richten.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Kuggen (bei Müllheim) gaben von 756 Stimmberechtigten 467 ihre Stimme ab. Davon entfielen für Landwirt Hermann Funder (zum „Bären“) 435, der damit gewählt ist. 21 Stimmen waren gesplittert.

Zum kommissarischen Bürgermeister von Schonach ist Dr. jur. Friedrich Schuster vom badischen Innenministerium ernannt worden. Schuster ist 33 Jahre alt, verheiratet und katholischer Konfession. 1925 legte er das erste juristische Staatsexamen ab, 1927 promovierte er zum Dr. jur. In Mannheim war er bereits in der kommunalen Verwaltung tätig. Zuletzt war er Leiter des Volksbüros Müllheim.

Der Bürgerausschuß Achern nahm in öffentlicher Sitzung einen Antrag des Gemeinderats mit 51 Ja-Stimmen bei 14 Enthaltungen an, der die Wiederinbetriebnahme der Glashütte Achern ermöglicht. Die Wiederaufnahme des Betriebes wird voraussichtlich Ende Januar oder Anfang Februar kommenden Jahres bei einer Belegschaft von etwa 110 Arbeitern erfolgen.

Das Singener Rathaus konnte in diesem Jahre auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Zunächst wurde es allerdings als Schulhaus benutzt und das Rathausgenosse in ihm nur Gastrecht. Erst im Jahre 1901 wurde es Rathaus.

Aus dem Gemeinderat Tengen. In einem Antrag verlangten die Gewerkschaften erhebliche Winterhilfsmaßnahmen, die mangels Haushaltsmittel undurchführbar sind und deshalb abgelehnt wurden. In Anlehnung an diesen Antrag beschließt der Gemeinderat eine Zuwendung aus einem privaten Winterhilfsfonds zur Verteilung nach bestimmten Grundfähigkeiten an die Wohlfahrtsvereine. Dabei sollen diejenigen Wohlfahrtsvereine bevorzugt werden, die sich im Gemeindeauftrag bei den Waldarbeiten beschäftigt haben, besonders berufstätig sind. — Der Nachtragshaushalt 1932/33, der vom Gemeinderat abgelehnt wurde, wird vom Bürgermeister auf Grund der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 festgesetzt und die Erhöhung der Bürgersteuer auf den fünffachen Landesfuß angeordnet. — Ein Antrag der hiesigen Werke um Nachlaß der Getränkesteuer für eine bestimmte Zeit wird behandelt, jedoch zwangsläufig abgelehnt.

Der Gemeinderat St. Blasien hat, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, dem Erwerb verschiedener Grundstücke von rund 40.000 qm von der Spinnerei St. Blasien AG. i. L. zugestimmt. Die Mittel zur Zahlung des Kaufpreises sollen zum Teil dem Fonds für Bau- und Kurzwerte der Gemeinde entnommen, zum anderen Teil aus Ersparnissen des Voranschlags 1932/33 und 1933/34 bestritten werden.

Schweizerische Gegenmaßnahme in der Milchzollfrage. Da das Reichsfinanzministerium sich in der Milchzollfrage bisher unachgiebig zeigt, erfolgte, wie aus Konstanz gemeldet wird, am Donnerstag der erste Schritt schweizerischer Grenzmaßnahmen. Nach einer Verfügung des Thurgauischen Parlamentes wird dem 10. Teil der bisher in der schweizerischen Betrieben beschäftigten, jenseits der Grenze wohnenden deutschen Arbeitskräfte die Arbeitsbewilligung entzogen. Wie verlautet, dauern die Verhandlungen wegen der Milchzollfrage zwischen Berlin und Bern noch an. In der Schweiz hofft man, daß es zu einer Einigung kommen wird und die Gegenmaßnahmen unterbunden werden können. Im anderen Fall droht man eine weitere Verschärfung dieser Maßnahmen an.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Im Alter von 54 Jahren ist hier Architekt und Baumeister Josef Seib gestorben. Der allzufrüh aus einem arbeitsreichen Leben Abberufene war ein weit bekannter Baumeister, der sich nicht nur im Ausbau des Karlsruher Wohnungsmarktes Verdienste erwarb, sondern auch bei Erstellung großer öffentlicher Bauten, wie Kirchen, Vereinshäuser, Bankgebäude usw. erfolgreich tätig war. Längere Zeit gehörte Seib auch als Mitglied der Zentrumspartei dem Bürgerausschuß und Stadterordnetenvorstand an.

Stillegung der städtischen Milchzentrale Karlsruhe. Dem Bürgerausschuß soll eine Vorlage unterbreitet werden, nach der die städtische Milchzentrale am 1. Februar 1933 stillzulegen ist. Mit der Anordnung des milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses für das Verbrauchergebiet Mittelbaden auf Grund des Reichsmilchgesetzes ist die ständige Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreier Milch zu angemessenem Preis auf anderer Grundlage sichergestellt und die bisherige Aufgabe der städtischen Milchzentrale beendet. Das Geschäft und die Inventarstücke der städtischen Milchzentrale sollen an den Bad. Molkeverband e. V. Karlsruhe veräußert werden, während die Fortführung des Geschäftes der Milchzentrale Karlsruhe G. m. b. H. überlassen werden soll. Für die Überleitung aller durch die Maßnahme berührten Dinge, insbesondere für die Weiterbeschäftigung des Personals, sind die nötigen Sicherungen getroffen.

Die Hauptgewinne der 4. Serie der Winterhilfe-Lotterie. Frühliche Gesichter schau um Weihnachten auch die Winterhilfe-Lotterie. Zunächst zog am Karlsruher Markt ein junger Mann aus Durlach schon früh morgens einen Gewinn über 50 RM. Der 2. Hauptgewinn von 100 RM. fiel an eine arme Frau, die das Los in der Nähe der Herrenstraße kaufte, ihre Kleider aber bezug und erst zu Hause in ihrer Wohnung an die Öffnung des Loses ging. Schließlich sollte vor dem Feste auch noch der 500-RM.-Gewinn fallen. Unmittelbar bei dem Warenhaus Tisch hatte ein junger Mann eine außerordentlich glückliche Hand. Über die Weihnachtsfeier wurde die 4. Serie ausverkauft. Da ein weiterer Gewinn von 50 RM. noch aussteht, kann nur angenommen werden, daß sich dieser Gewinn unter denjenigen Losen befindet, die einzelne Geschäfte zur Unterstützung der Lotterie zum Vertrieb übernommen haben. Mit Beginn der 5. Serie haben sich wieder neue Gewinnchancen geboten, die hoffentlich noch rechtzeitig ausgenutzt werden, um so mehr als die Lotterie ihrem Ende zugeht und es fraglich erscheint, ob weitere Fünftausender, abgesehen von demjenigen der jetzt noch in der 5. Serie schlummert, gewonnen werden können.

Der Wein auf der Straße. Gestern vormittag fuhr ein Weinbändler mit seinem Lieferauto in voller Fahrt durch die Kriegsstraße. Um mit einem aus der Ritterstraße kommenden Personentransportwagen nicht zusammenzustoßen, bog der Führer des Lieferkraftwagens scharf nach links ab; hierbei kippte das Lieferauto nach rechts um. Zwei gefüllte Weinfässer fielen dabei herab und zirkte 400 Liter Wein ergossen sich auf die Straße. Der Personentransportwagen wurde schwer beschädigt. Abgesehen von leichten Prellungen, die der Begleiter des Weinbändlers erlitt, ging der Unfall lediglich mit Sachschaden ab.

Weiterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Verbreiteter Druckfall in ganz Europa deutet auf eine im Gang befindliche Umwidmung der Wetterlage. Die atlantischen Zyklogen werden jetzt immer mehr Einfluss auf die Witterung Mitteleuropas erhalten, woran aber nicht die Hoffnung auf eine erhebliche Besserung der Winterverhältnisse für die Jahreswende geknüpft werden kann. Voraussage: Keine wesentliche Änderung.

Wasserstände: Waldshut 169 minus 1, Wasel 85 minus 6, Rheinweiler 218 minus 2, Rühl 201 minus 7, Magau 832 minus 1, Mannheim 197 minus 1, Caub 122 minus 4 Zentimeter.

kurze Nachrichten aus Baden

Schwerer Verkehrsunfall — Zwei Tote
Bad. Ettlingen, 28. Dez. Mittwoch nachmittag gegen 14 Uhr wurde bei dem Schrankenwärterposten 173 auf der Straße Ettlingen-Bruchhausen durch den Personenzug 928 ein Personenzug mit Anhänger erfasst. Nach den Feststellungen war die Schranke nicht geschlossen. Durch den Zusammenstoß wurden der Besitzer des Kraftwagens, Gustav Müller von Grötzingen, und sein Sohn Joseph, der den Wagen führte, getötet. Die mitfahrende Ehefrau Julie Müller wurde schwer verletzt und in das Krankenhaus nach Karlsruhe übergeführt.

Durch den Unfall erhielten einige Personenzüge erhebliche Verspätungen, da beide Gleise bis 18.30 Uhr gesperrt waren und von dort ab nur einseitig gefahren werden konnte, bis die auf dem Platz erschienene Staatsanwaltschaft die Räumung freigab. Die Tüge wurden über Durmersheim geleitet. Untersuchung ist eingeleitet.

Nach einem privaten Bericht öffnete nach Passieren des von Mastatt nach Karlsruhe fahrenden Schnellzuges der Schrankenwärter die Schranke. Die wartenden Autos setzten sich sofort in Bewegung, das erste kam über die Gleise, das zweite, das des Viehhändlers Müller, wurde inmitten des Bahnübergangs von dem in diesem Augenblick von Karlsruhe kommenden Personenzug erfasst und 100 Meter weit geschleift. Das Auto wurde völlig germalmt. Die Schuld an diesem schweren Unglück trifft unzweifelhaft den Schrankenwärter, der aus Unvorsichtigkeit die Schranke zu früh geöffnet hatte.

Die Unglücksstelle gehört zu dem am meisten befahrenen Gleisübergang, handelt es sich doch um die von Ettlingen nach Mastatt führende Verkehrsstraße, die einen außerordentlich großen Kraftwagenverkehr aufweist. Die Dunkelheit und vor allem der im Mittwochabend herrschende ziemlich dicke Nebel mögen dazu beigetragen haben, daß der herannahende Personenzug nicht mehr rechtzeitig erkannt worden ist.

Der Schrankenwärter, der 41jährige Mathias Heinsie aus Sulzbach, machte ausfindigweise Dienst. Die berufliche Familie Müller befand sich auf einer Geschäftsreise. Der Schrankenwärter wurde festgenommen und nach Karlsruhe überführt.

Feuerwehrgänge infolge Blatteises verunglückt

Ein Toter, fünf Verletzte
D. Mählingen (Amt Stodach), 29. Dez. (Tel.) Heute früh kurz nach 8 Uhr brach in dem Etoniegebäude des Carl Weha ein Brand aus, der Scheune, Stallungen und das angebaute Sägewerk mit Schrotreie völlig einäscherte. Ein großer Teil der Fahrnisse konnte gerettet werden. Der Gesamtschaden wird auf 80 000 RM. geschätzt. Als heute früh gegen 9 Uhr die Stodacher Motorspritze mit 7 Mann zur Brandstätte fahren wollte, kam der Wagen infolge Blatteises bei der Gloderbrücke vor Mählingen ins Rutschen und stürzte über die Böschung in den Bach. Hierbei verunglückte der Feiwehmeister Hepp, Vater von 5 Kindern, tödlich. Weitere 5 Feuerwehrleute wurden mit Arm- und Beinbrüchen sowie inneren Verletzungen mit dem sofort herbeigeeilten Sanitätsauto ins Stodacher Krankenhaus eingeliefert. Ein Feuerwehrmann blieb unverletzt.

Hb. Heidelberg, 29. Dez. In der Versteigerungssache des altbekannten Gasthofes „zum Ritter“, sollte heute die Entscheidung über den Zuschlag für das einzig abgegebene Angebot eines Mannheimer Konsortiums in Höhe von 160 000 RM. fallen. Der Hauptgläubiger, der württembergische Kreditverein Stuttgart, beantragte jedoch Vertagung der Entscheidung, dem stattgegeben wurde. Der neuerliche Zuschlagstermin wurde nunmehr auf den 4. Januar 1933 festgesetzt.

Hb. Rodenau a. N., 28. Dez. Die neue 100 000-Volt-Leitung, die von der Stauffische Redarsteine nach der Stauffische Kirchhorn und über Schwanheim, Eberbach nach der Stauffische Rodenau führte, wurde am Dienstag unter volle Betriebsspannung gestellt. Die Leitung wird nach den Stauffischen Güttenbach, Redarzimmern, Wimpfen im Laufe des Jahres 1933 weitergeführt.

23. Dez., 28. Dez. Eine besondere Weihnachtsfreude wurde der evangelischen Kirchspielgemeinde Kork zuteil. Aus dem Wehlfonds sind ihr 8000 RM. zur Erneuerung der Kirchengorgel bewilligt worden. Nach dem Gutachten von Professor Dr. Albert Schweitzer ist die Korker Orgel ein Meisterwerk alter Orgelbaukunst. Sie ist schon 140 Jahre alt, zeigt aber im Innern zahlreiche Spuren eines bedrohlichen fortschreitenden Verfalls. Durch eine gründliche Wiederherstellung kann das unter Denkmalschutz stehende Instrument der Gemeinde für die Zukunft erhalten bleiben.

Hb. Meersburg, 28. Dez. In Stetten bei Meersburg wurden in der Nacht zum Montag zwischen 2 und 3 Uhr früh auf das Försterhaus zwei Schüsse abgegeben, die in das Wohnzimmer des Försters Böhrer eindringen. Zwei weitere Schüsse gingen fehl. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Eine „Wilhelm-Bauer-Straße“ in Offenburg. Zum Gedächtnis an sein verstorbenes Mitglied, Fabrikdirektor Wilhelm Bauer, veranlaßte die Offenburg Stadtrat eine Trauerfundgebung, bei der der Oberbürgermeister die Verdienste des Verstorbenen würdigte. Im Anschluß daran beschloß der Stadtrat zur dauernden Erinnerung des Heimgegangenen die heutige Fabrikstraße in „Wilhelm-Bauer-Straße“ umzubenennen.

Handel und Wirtschaft
Devisennotierungen der Reichsbank
(Amtlich)

	29. Dezember		28. Dezember	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam . 100 G.	169.18	169.52	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	72.43	72.57	72.58	72.72
Italien . . . 100 L.	21.55	21.59	21.55	21.59
London . . . 1 Pfd.	13.98	14.02	14.00	14.04
New York . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	80.96	81.12	80.96	81.12
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Anhaltende Besserung bei den Sparzinsen. Die Einlagenstatistik bei den Sparzinsen zeigt, daß die Einzahlungen wie im Vorjahre auch im November größer als die Rückzahlungen waren. Der Einzahlungsüberschuß beträgt 9,3 Mill. Reichsmark; da an Zins- und Aufwertungsbeiträgen 13,4 (11.19) Mill. den Spareinlagen zugewachsen sind, erhöhte sich der Bestand der Spareinlagen auf 9782,8 (9758,6) Mill., die Einzahlungen 349,3 gegen 399,5 Mill. und die Rückzahlungen (399,5 gegen 384,2 Mill.) haben sich gegenüber dem Vormonat den jahreszeitlichen Schwankungen entsprechend vermindert, doch war die Minderung bei den Einzahlungen etwas größer, bei den Auszahlungen etwas weniger stark, als man saisonmäßig erwarten konnte. Die günstige Einlagebewegung dehnt sich regional immer mehr aus. Von 4 Regierungsbereichen in Preußen weisen 3, 2 bereits 26 einen Einzahlungsüberschuß aus. Auch bei den außerpreussischen Ländern hat sich die Besserung verbreitet. So ist z. B. in Württemberg, wo im Oktober die Spareinlagen noch zurückgingen, nunmehr ein Einzahlungsüberschuß festzustellen. Die Giroeinlagen erhöhten sich um 14,1 Mill. auf 1426,3 Millionen Reichsmark.

Benzinpreiserhöhung durch Zoll- und Steuerumbau beantragt. Um die deutschen Treibstoffverbraucher preislich entlasten zu können, wurde, wie verlautet, von den deutschen Treibstoffproduzenten bei den zuständigen Stellen der Reichsregierung beantragt, den Treibstoffzoll um je 3 Pf. je Liter zu ermäßigen unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig die Ausgleichsteuer in derselben Höhe, also ebenfalls zita 3 Pf. je Liter, wegfällt. Damit wäre die Vorauszahlung dafür geschaffen, daß ohne Beeinträchtigung der deutschen Treibstoffproduktion der deutsche Treibstoffpreis um zita 3 Pf. je Liter gesenkt werden kann.

Städt. Sparkasse Karlsruhe
M. 204
Unsere sämtlichen Kassen (und zwar die Sparkasse, die Girokasse und die Pfandleihkasse) sowie alle andern Dienststräume sind am **30. Dezember d. J.,** nachm. und am **31. Dezember d. J.,** den ganzen Tag — des Jahresabschlusses wegen — geschlossen

Die Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz G. m. b. H. in Heidelberg ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden.
Heidelberg, den 24. Dezember 1932.
Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz G. m. b. H. in Liquidation.

Die Badische Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H. in Karlsruhe ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden.
Karlsruhe, den 28. Dezember 1932. M 218
Badische Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H. in Liquidation.

Soemulare
liefert preiswert
G. Braun GmbH.
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14

Zentralhandelsregister für Baden

Gernsbach, Murgtal. C. 749 Handelsregistereintrag A. O.-J. 99, Seite 224: Firma Jakob Müller, Weinhandlung in Gernsbach: Die Firma ist erloschen. Gernsbach, 24. November 1932. Badisches Amtsgericht.

Lahr, Baden. C. 750 Handelsregister Lahr A. Bd. II 262: Firma St. Johannis-Druckerei G. Schweidhardt in Dinglingen: Max Schweidhardt ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Wilhelm Grünwald, Pfarzer in Dinglingen, ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Lahr, 23. Nov. 1932. Amtsgericht.

Mannheim. C. 753 Handelsregistereinträge. a) vom 24. November 1932: Fommelwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 17. Oktober 1932 ist der Gesellschaftsvertrag geändert und neu gefasst. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Diese Vertretungsordnung gilt auch für die bisherigen Geschäftsführer Hermann Alexander Hommel und Rudolf Paul Schroeder. Rudolf Spieth ist als stellvertretender Geschäftsführer ausgeschieden. Leonhard Schmidt, Betriebsingenieur in Mannheim, ist als Prokurist in der Weise bestellt, daß er in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten befugt ist. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: der Betrieb des der S. Hommel, Mainz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim gehörenden, der Fabrikation von Präzisionswerkzeugen, Maschinen, und verwandten Artikeln dienenden Unternehmens, und zwar für Rechnung auf Bestellung der Eigentümerin. Die Gesellschaft bezweckt daher nicht die Erzielung eigenen geschäftlichen Gewinnes. Wasserwerksgesellschaft Mannheim mit beschränkter Haftung, Mannheim: Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 26. Oktober 1932 ist § 6 des Gesellschaftsvertrags (Geschäftsjahr) durch einen Zusatz ergänzt. b) vom 25. November 1932: Elektro-Bauunion, Aktiengesellschaft in Liquidation, Mannheim: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 8. November 1932 wurden die durch die Aktienrechtsnovelle vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen, den Aufsichtsrat betreffenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags, nämlich die §§ 16, 21, 22 und 32 O.-J. 3 wieder in den Gesellschaftsvertrag eingefügt. c) vom 28. November 1932: Privatkredit-Verschaffungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. November 1932 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Vermittlung von Privatkrediten und die Übernahme von Vertretungen, sowie der gelegentliche Abschluss von Handelsgeschäften. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Sigmund Baum, Kaufmann, Mannheim, ist Geschäftsführer. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Dem Geschäftsführer Sigmund Baum steht jedoch das Recht der Einzelvertretung zu, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Waldhofstr. 77. Gebr. Falby, Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim, Zweigniederlassung, Hauptst. Frankfurt a. M.: Wilhelm Schürmann ist nicht mehr Geschäftsführer. Eduard Weil jr., Mannheim: Die Firma ist erloschen. Ludwig Ringinger, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und in Liquidation getreten. Zum alleinigen Liquidator ist bestellt: Kaufmann Adolf Ringinger in Mannheim. Bad. Amtsgericht G. O. 4, Mannheim.

Mehlfisch, C. 751 Handelsregister A. Bd. I O.-J. 202: Alfons Burtz, Raft: Die Firma ist erloschen (21. Nov. 1932). Die Firma hat ihren Sitz jetzt in Konstanz. Mehlfisch, 21. November 1932. Bad. Amtsgericht.

Neustadt, Schw. C. 748 Zum Handelsregister A. Bd. I O.-J. 156, wurde das Erlöschen der Firma Emil Regel in Neustadt im Schwarzwald eingetragen. Neustadt (Schw.), 24. November 1932. Bad. Amtsgericht.

Philippsthal, C. 270 Handelsregistereintrag A. O.-J. 130: Werkzeugfabrik Gebrüder Schmitt in Wiesental. Die Firma ist erloschen. Philippsthal, 23. Dez. 1932. Amtsgericht.

Schopfheim, C. 289 Handelsregistereintrag A. Bd. I O.-J. 23 zur Firma „Genf-Union, Aktiengesellschaft in Schopfheim“: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 5. August 1932 ist das Stammkapital durch Zusammenlegung im Verhältnis 10 : 3 von 3 000 000 RM. auf 900 000 RM. herabgesetzt und durch Beschluss derselben Generalversammlung

das ermächtigte Grundkapital durch Ausgabe von 400 Stück neuer auf den Inhaber lautender Aktien von je nominell 1000 RM. mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1932, die zum Neuwerte gegen Einbringung von Forderungen an die Gesellschaft in gleicher Höhe begeben wurden, um 400 000 RM. auf 1 300 000 Reichsmark wieder erhöht worden. Die Ermächtigung und Erhöhung ist durchgeführt. Die §§ 8, 9 und 18 des Gesellschaftsvertrages wurden geändert. Schopfheim, den 23. Dezember 1932. Bad. Amtsgericht.

Triberg, C. 745 In's Handelsregister wurde bei der Firma Gebrüder Lehnis, Holzschneiderei und Uhrengehäufabrik GmbH, in Hornberg, eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Hermann Fuchs in Hornberg ist Liquidator. Triberg, 22. Nov. 1932. Amtsgericht.

Willingen, Baden. C. 739 Handelsregistereinträge. 1. A. Bd. II O.-J. 75: Betty Bloch, Konfektionshaus zum Hirschen in Willingen: Die Firma ist erloschen. 2. A. Bd. II O.-J. 177: Firma Willinger Radio-Vertrieb Josef Schüller in Willingen i. Schw. Inhaber ist Josef Schüller, Kaufmann in Willingen i. Schw. Willingen, 22. Nov. 1932. Bad. Amtsgericht I.